

Medienmitteilung

Eidgenössische Abstimmungen vom 5. Juni 2016

BDP Kanton Solothurn sagt dreimal NEIN, einmal JA und einmal Stimmfreigabe

Die BDP Kanton Solothurn hat an ihrer Vorstandssitzung die Parolen für die fünf nationalen Abstimmungsvorlagen vom 5 Juni 2016 gefasst. Die BDP sagt JA zur Asylgesetzrevision und NEIN zum bedingungslosen Grundeinkommen, der Milchkuh- und der Service Public-Initiative. Für das revidierte Fortpflanzungsmedizingesetz hat die Solothurner BDP Stimmfreigabe beschlossen.

Fair und schnell: JA zur Revision des Asylgesetzes

Die BDP Kanton Solothurn sagt einstimmig JA zum revidierten Asylgesetz. Nur so sind schnellere Verfahren möglich, die dank einer konsequenten Rechtsberatung fair und effizient abgewickelt werden können. Zudem können die Verfahren dank den Bundeszentren günstiger abgewickelt werden.

Finanzpolitisch unverantwortlich: NEIN zur Milchkuhinitiative

Die Initiative würde ein Milliardenloch in die Bundes- und die Kantonalkasse reissen, weil sie die Erträge aus der Mineralölsteuer ausschliesslich für den Strassenbau einsetzen will. Diese rund 1,5 Milliarden Franken pro Jahr fehlen bei der Bildung, bei der Landwirtschaft oder beim ÖV. Aus diesem Grund hat die BDP Kanton Solothurn hier einstimmig die NEIN-Parole beschlossen.

Irreführend und schädlich: NEIN zur VI „Pro Service Public“

Ebenfalls einstimmig NEIN sagt die Solothurner BDP zur K-Tipp-Initiative. Sie ist eine Mogelpackung und ein Etikettenschwindel. Sie gefährdet die gute flächendeckende Grundversorgung und setzt das Schweizer Erfolgsmodell aufs Spiel. Kein Wunder lehnen auch der Bundesrat und das gesamte Parlament die gefährliche Initiative einstimmig ab.

Gefährlich und nicht umsetzbar: NEIN zur VI „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“

Und noch einmal einstimmig NEIN sagt die BDP Kanton Solothurn zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Idee mag auf den ersten Blick verführerisch klingen, untergräbt aber die Funktionsweise unseres Staates und damit das Erfolgsmodell Schweiz einmal mehr. Die arbeitende Bevölkerung würde die Zeche zahlen und die Initiative würde die Sozialwerke nachhaltig bedrohen. Zudem wäre ein Umsetzungschaos vorprogrammiert.

Emotional und persönlich: Stimmfreigabe zum revidierten Fortpflanzungsmedizingesetz

Nach eingehender Diskussion hat die BDP Kanton Solothurn Stimmfreigabe beschlossen, da diese Vorlage sehr persönlich, emotional und nicht parteipolitisch ist. Zum einen ist dank dem Gesetz zwar in der Schweiz in Zukunft eine fortschrittliche Fortpflanzungsmedizin möglich und es können unnötige Risiken für Mutter und Kind vermieden werden. Den Gegnern, wo insbesondere alle Behindertenverbände dazugehören, geht das Gesetz aber zu weit. Für die Solothurner BDP ist es wichtig, dass jedes Paar und jede Frau eine eigenständige Entscheidung treffen können und hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn 079 673 93 78

Christian van den Broeke, Vizepräsident BDP Kanton Solothurn 079 344 24 63

13.05.2016